

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, , Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** , FDP

vom 14.04.2021

Modellversuche zur Untersuchung von Öffnungsschritten durchführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich bayernweit die gemäß § 28 Abs. 3 der 12. BayIfSMV geplanten Modellversuche in Landkreisen und kreisfreien Städten zur Untersuchung von Öffnungsschritten in Bereichen des Öffentlichen Lebens durchzuführen. Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen:

- In den Modellregionen sollen umfassende Testkonzepte und Schutz- und Hygienemaßnahmen greifen.
- Es sind insbesondere die Bereiche Gastgewerbe, Ferienwohnungen, Hotels, Gastronomie, Einzelhandel, Sport, Kunst und Kultur in die Modellversuche mit einzubeziehen.
- Parallel zu den Modellversuchen können andere bayerische Kommunen Tagestickets für Negativ-Tests vergeben.

Außerdem soll die Staatsregierung die Möglichkeit für Modellversuche ausweiten und diese auch für Kommunen mit Inzidenz unter 100 und mit über 100 000 Einwohnern schaffen. Darüber hinaus ist bayernweit für vollständig geimpfte Personen ab 15 Tage nach der Zweitimpfung die Pflicht zur Vorlage eines negativen Tests im Einzelhandel auszusetzen und sie sind allgemein wie Personen mit einem aktuellen negativen Test zu behandeln.

Begründung

Die Corona-Pandemie stellt unsere moderne Gesellschaft nach wie vor vor bisher ungekannte Herausforderungen. Die Ausbreitung des Virus muss verlangsamt und eine Überforderung unseres Gesundheitssystems verhindert werden. Dies verlangt der Wirtschaft, der Kultur, den Institutionen, vor allem aber allen Menschen im Land enorm viel ab. Bei aller Vorsicht und Notwendigkeit beschränkender Maßnahmen ist jedoch die individuelle Freiheit der Bürger

bestmöglich zu schützen. Alle getroffenen Maßnahmen müssen verhältnismäßig und nachvollziehbar sein.

Nach den langen Monaten des Lockdowns brauchen Wirtschaft und Kultur jetzt endlich eine Perspektive zum phantasielosen Dauerlockdown. Sämtliche Branchen fordern seit langem ein stimmiges Konzept für sichere Öffnungen und bieten ihre Mitarbeit an und haben - zum Teil mit erheblichem finanziellen Aufwand - Sicherheitskonzepte erarbeitet und erprobt. Trotz aller Appelle und Gesprächsangebote von Wirtschaft und Kultur hat der Freistaat bisher nichts an Konzepten für die Öffnung vorzuweisen. Die Unternehmen, Einrichtungen und Solo-Selbständigen benötigen aber jetzt eine konkrete Perspektive.

Alle bisher verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass sich die Menschen dort infizieren, wo ungeschützte Kontakte stattfinden. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Gastronomie, der Handel, der Tourismus, Konzert-, Theater- und Museumsbesuche mit Test- und Hygienekonzept Treiber der Infektionen sind. Stattdessen sind diese Bereiche mit den entsprechenden Maßnahmen sehr sicher zu öffnen. Künftig muss der Vorrang präventiver Maßnahmen vor einseitig repressiven Maßnahmen gelten.

Modellversuche können darüber Aufschluss geben, wie sich die verschiedenen Maßnahmen auf die Inzidenz in der Region im Vergleich zu allen anderen Regionen in der Nachbarschaft auswirken. Es geht darum, Erfahrungen für ganz Bayern zu sammeln. Modellversuche könnten schnell und ohne hemmende Bürokratie wichtige Ergebnisse liefern, wie Testkonzepte und massenhaftes Impfen am besten funktionieren. Unter anderem können weitere Erkenntnisse gesammelt werden, wie sich das Infektionsgeschehen in Kindergärten und Schulen entwickelt, wenn Schülerinnen und Schüler noch nicht geimpft seien, aber alle Erwachsenen in ihrem Umfeld. Von den Erfahrungen in der Praxis können anschließend alle Teile Bayerns profitieren.

Denn eine Perspektive ist dringend notwendig. Wenn die derzeitigen Regelungen noch länger in aller Strenge in Kraft bleiben oder gar verschärft werden, besteht die große Gefahr, dass komplette Branchen wegbrechen, dass die Kultur nicht mehr auf die Beine kommt, dass der organisierte Sport und das Vereinsleben nachhaltig geschädigt werden. Seit Beginn der Pandemie haben Hotellerie und Speisegastronomie über 7 Monate unverschuldet geschlossen, Schankwirtschaften mehr als 11 Monate und Clubs und Diskotheken sogar länger als ein Jahr. Es droht ein unwiederbringlicher Verlust von Kulturgut, Wirtschaftskraft und gesellschaftlichem Zusammenhalt.